

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colophon für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Adel.

Tarin, daß man für andere leidet, liegt der Adel, nicht aber darin, daß man träge andre für sich leiden läßt.

Wahrer Adel ist mehr als eine Namensdecoration; er ist ein Ehrenzeichen für außerordentliche Verdienste um das Wohl der Nation. Doch nur wenige werden durch den Adelstitel aus der Menge herausgehoben, und bei diesen seiner Träger gebührt die eigentliche Anerkennung den Vätern. Doch gibt es auch einen Adel, der nicht dokumentiert ist. Alle, die im öffentlichen Leben in den vorbesten Kampfesreihen stehen, tragen den Adel in sich. Von Adel sind die tapferen Vertreter einer Arbeiterklasse, die den Vorgesetzten Schäden aufdecken, berechnete Forderungen vorbringen und für das Wohl des geringsten ihrer Kameraden eintreten, selbst auf die Gefahr hin, daß ihre hochherzige Gesinnung mit mißbilligenden Worten und Trostungen gelohnt wird. Es zeigt von Adel der Bestimmung, wenn Familienmitglieder es mit Mut ertragen, wenn durch einen verirrten Angehörigen Unruhe über die Familie gebracht würde, wenn sie sich auf jede Weise bemühen, den Verirrten wieder auf den rechten Weg zu führen, statt ihn durch Lieblosgkeit noch weiter ins Elend zu stoßen.

Der, der Ehegefehl in sich trägt, darf nicht müßig zuschauen, wie andere für ihn handeln, damit er später nur die Früchte erntet. Es ist Sache jedes Mannes, seine Angelegenheiten selbst anzusehen, jedenfalls nach Kräften an der Erfüllung seiner Wünsche mitzuwirken. Darin liegt gerade auch die moralische Kraft des Streikes, daß die ganze bewährte Arbeiterschaft das gleiche leidet, um durch vereinte passive Widerstandsmacht sich das Recht zu erkämpfen.

Auch der Adel der Gesinnung umfaßt immer nur eine kleine Zahl. Es gibt Männer genug, die sich bei den besten Gelegenheiten hinter dem Rücken ihrer Vorgesetzten bergen, aber den Sieg mit einer Genugtuung genießen, als hätten sie ihn selbst errungen. Um Schwierigkeiten auszuweichen — dazu gehört ein Mann; um für andre zu leiden und zu kämpfen — das erfordert Adel.

„Ein schwarz-blauer „Gewerkschafts“ Bloß“.

Unter dieser Ueberschrift verrät die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ großes Unbehagen ob der Verschlingung, die zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter S.-D. zustande gekommen ist. Das ist eigentlich auffallend, denn alle wahren Arbeiterfreunde freuen sich darüber, wenn durch gegenseitige Verständigung der verhängende Streit der Arbeiter untereinander immer mehr eingeschränkt wird. Zudem enthalten die Vereinbarungen nichts, was sich etwa gegen den Deutschen Metallarbeiterverband als solchen richtet. Wenn sie sich auch unter den heute leider bestehenden Verhältnissen praktisch gegen die Ausschaltungsbestrebungen und monopolpolitischen Mäßen dieses Verbandes wenden, so steht dem doch nicht im Wege, daß wir ihn bereitwillig als den Dritten im Bunde begriffen wollen, wenn er sich nur dazu verstehen wollte, diese genannten arbeitserkämpfenden Anliegen abzugeben. In unserem leibhaftigen Bedauern aber müssen wir konstatieren, daß es damit auseinander noch „gute Weile“ hat. Denn die gesamte Genossenschaft verrät in ihren Ausführungen eine unheimliche Wut gerade darüber, daß durch die Vereinbarungen den Monopolbestrebungen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ein kräftiger Stoß versetzt wurde.

Und in der Tat, 85 000 Metallarbeiter bedeuten schon etwas, auch dem roten „Arbeiterverband“ gegenüber. Vom „Vorwärts“ angefangen bis zum letzten sozialdemokratischen Winkelblättchen (seit man Gift und Galle gegen die christlichen und Hirsch-Dunckerischen Metallarbeiter. Weil keine sachlichen Mittel zur Hand sind, greift man in den Schrank, der die berühmten Geisteskräfte aus Anno Todad enthält.

Der „Vorwärts“ heißt, „forciertes Streikbruchbetriebe den Unternehmern gefällig?“, die rote Genossen-Magazin-Prese in Bochum schlägt mühsam über den S.-D. Gewerbeverein, der, zusammenfassend, schon froh ist, wenn er sich ein wenig auf die Schultern eines schwachen aber hinterlistigen Krüppels stützen könne. In diesem Stil wettet die sog. Tagesprese. Die „Metallarbeiterzeitung“ hat auch keine Worte mehr und zetzt gewohnheitsmäßig: „eine Streikbruch-Versicherungsgesellschaft“. Ja, es ist bitter für diese Leute, sehen zu müssen, daß in Deutschland 85 000 organisierte Metallarbeiter darauf bedacht sind, durch gegenseitige Hilfe ihre wirtschaftliche Interessen und ihre Freiheit gegen sozialdemokratische Uebergriffe zu verteidigen. Der „Metallarbeiterzeitung“ steht es wahrlich sehr schlecht zu Gesicht, von Streikbruchgesellschaft zu reden, nachdem in Eisenburg, Forstheim, Berlin, Solingen und anderen Orten gegen die eigenen Genossen von sozialdemokratisch organisierten Metallarbeitern Streikbruch verübt und von den Beamten gutgeheißen wurde. Wer Zeuge sein kann, mit welchen Mitteln der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den kleineren Metallarbeiterorganisationen im eigenen Lager zu Leibe geht, der hat auch die Erklärung für den roten Streikbruch. Der Jahren hat die „Metallarbeiterzeitung“ einmal offen niedergeschrieben, daß man beim „Deutschen“ sozialdemokratischen Metallarbeiterverband alles daran setzen will, um die Macht zu erhalten. Die Formet, Werkarbeiter und andere Branchenverbände hat er schon verjagt. Die Maschinen- und Schmiedebetriebe auch an die Ketten. Um Mittel zum Zweck ist der „Deutsche“ nie bezogen. Einmal wird gezeigert bis den

Widerspenstigen die Puste ausgeht; wenn es aber an gebracht erscheint, verüben die vom „Deutschen“ Metallarbeiterverband ebenso skrupellos auch ganz gemeinen Streikbruch, um ihr Ziel zu erreichen und die Macht zu erlangen. Solingen bietet hierfür in neuerer Zeit die besten Beispiele. Die christlich organisierten Metallarbeiter kennen ihre Pappenhäner vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aus einer 12-jährigen Praxis. Die Lügen und Verleumdungen, welche den Genossen als Klasse dienen, haben den christlichen Verband nicht umgebracht. Er ist gewachsen und heute sind 42 000 Metallarbeiter christlich organisiert. Seine weitere Erstarbung liegt im Interesse aller nichtsozialdemokratischen Arbeiter. In dem Maße, wie die christlichen Gewerkschaften erstarben, wird die wahre Freiheit der Meinung und die Achtung vor der menschlichen und politischen Anschauung im Wirtschaftsleben gesichert.

Die Terrorismustakte im Metallgewerbe haben nicht wenig dazu beigetragen, mit dem Hirsch-Dunckerischen Gewerbeverein eine Verständigung einzugehen. Im April 1910 wurde in Stuttgart-Gamstadt, direkt am Sitze des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes eine Resolution gefaßt, welche besagt, Kollegen, die nicht im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisiert sind, „werden entsprechend behandelt“. Dann schrieb die „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 5/1911:

„Man kann keine allgemeine Regel darüber aufstellen, ob es zweckmäßig ist, Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen von der Beschäftigung in laizistischen Firmen auszuschließen. So etwas muß von Fall zu Fall entschieden werden.“

Ungeachtet solcher Ausnahmungsregeln organisierte nichtsozialdemokratische Arbeiter ist eine immer stärker durchgreifende Abwehr geboten gegen jene, die das Recht auf eine Protestkette abhändigen machen wollen von der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Organisation. Nicht nur dieser Terrorismus, sondern auch die tieflich geradezu ungeheuerliche Streikakt der Genossen forderte im Interesse aller Arbeiter eine Verständigung mit dem Hirsch-Dunckerischen Gewerbeverein. Aus einer ganzen Reihe von Streiks nur 2 markante Fälle.

1906 wurde in Oberstein eine Bewegung unter den Arbeitern der Edel- und Unedelmetallindustrie eingeleitet. Die Genossen führten eine blutdürstige Sprache und von einer Beteiligung des christlichen Metallarbeiterverbandes wollten sie nichts wissen. Um die ihre geleiteten Arbeiter zu überhöhlen, bezeichnete man in der sozialdemokratischen Presse die Christlichen als „Kontaktscheidung“. Als die Bewegung dann ihren Höhepunkt erreicht hatte und ein Streik unvermeidlich schien, klapperten die Streiker vom roten Metallarbeiterverband zusammen. Es durfte nicht gezeigert werden, es war kein Geld da. Die Arbeitgeber hatten den Arbeitern, welche eine solche verdienen — eine Lohnverhöhung von 5 Prozent versprochen. Am 29. Oktober veröffentlichte der Bezirksleiter Ehler und der Lokalbeamte Fuhrmann vom „Deutschen“ Metallarbeiterverband einen Weltlaufzettel, worin es hieß: „Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Herren Arbeitgeber bei der Festsetzung der zugehörigen Lohnverhöhung von mindestens 5 Prozent an alle Arbeiter, welche eine solche verdienen, nicht Gnust oder Mißgunst, sondern die Bedürfnisfrage entscheiden lassen.“

Die Arbeitgeber hatten die Leute richtig eingeschätzt. Ein Jahr später setzten sie den Arbeitern eine Lohnverhöhung schärferer Art auf die Nase. Dann sperrten sie aus Anlaß einer kleinen Bewegung sämtlicher (auch die christlichen) Arbeiter aus. Die Folge war eine schwache Niederlage. 1/2 Million Mark Unterstützung waren verpulvert und Hunderte Arbeiter sind noch nach Jahren brotlos geblieben. Die ganze Niederlage ist die Folge der sozialdemokratischen Reaktivität und Unvernunft gewesen. Wäre 1906 die Bewegung vernünftig und mit anständigen Mitteln energisch durchgeführt worden, so mußten die Arbeiter große Vorteile ernten. Als die Arbeitgeber aber durch die Dummheit der Genossen ein Jahr Zeit hatten, um ihre Lager zu füllen und Vorbereitungen zu treffen, konnten sie die irreführenden Arbeiter niederbringen.

Ein Gegenstück zu dieser Bewegung ist Forstheim 1910. Hier schaltete man die christlichen Arbeiter ebenfalls aus und wütete nur so drauf los, um einen Streik zu erreichen. Die Konjunktur war schlecht, Streikbrecher mit Erlaubnisfarten stellten für einzelne Betriebe der sozialdemokratische Metallarbeiterverband selbst. Eine Niederlage schimmiger Art war dann den Arbeitern im ganzen Gewerbe besetzt. Auch diese Dummheit kostete 1/2 Million Mark Arbeiterergoßen. Angeichts solcher Streikunfälle und unter Berücksichtigung der bisher zu Tage tretenden Absicht, alle Bewegungen möglichst ohne jede Rücksicht auf nichtsozialdemokratische Organisationen zu machen, zwingen uns im Interesse der Arbeiter, dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die Mißbrauchswirtschaft seiner Macht etwas abzugewöhnen. Wir wollen gehört sein, ehe Bewegungen und Streiks eingeleitet werden. Unser christlicher Arbeiter wollen nicht abhängig sein von der Gnade und Ungnade des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Als ehrliche Bestreben, dem Stande durch eine gemeinschaftliche Gewerkschaftsarbeit zu dienen, gibt uns das Recht, gegen eine solche Streikpolitik Front zu machen, wie sie vorher gezeichnet wurde. Das ist um so leichter möglich, je größer die Zahl der Arbeiter ist, die durch ihre Organisation nichts weiter wollen, als ehrliche, besonnene gewerkschaftliche Arbeit. Die Sozialdemokraten wissen das, darum auch die helle Wut ob des geschlossenen Bündnisses. Unsere Mitglieder draußen im Lande werden eine solche

Konkurrenz zu schaffen wollen. Woge der den Genossen ver-

haftete „Schwarzblau-Gewerkschafts-Bloß“ wirken im Interesse einer praktischen Gewerkschaftsarbeit, die trotz des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und seiner Willen zu Macht auch den nichtsozialdemokratischen Arbeitern im Gewerbe ihre Freiheit und das Recht auf Arbeit sichert. Alle wahren Arbeiterfreunde werden sich dessen freuen. Die neuesten Verleumdungen der Sozialistenpresse einschließlich Metallarbeiterzeitung beweisen nur, daß wir ins Schwarze getroffen haben mit unserer Verurteilung. Darum, Kollegen an die Arbeit, sorgt für neue Massen, arbeitet innerlich auf das bald 50 000 christliche Metallarbeiter unserm Verbande angehören, dann lernt auch der verbissenste Gegner immer mehr unsere Macht — wenn nicht schätzen, so doch mindestens respektieren. Auf, ans Werk!

Aus dem märkischen Industriegebiet Hagen-Schwelm.

Im Laufe der letzten 15 Jahre hat sich wohl nirgendwo die Fertigungswirtschaft so rapid entwickelt, wie innerhalb des Kreises Hagen-Schwelm. Die Zahl der hier beschäftigten Arbeiter betrug 1895 kaum 10 000, sie stieg inzwischen auf weit über 28 400. Die Mehrzahl, über 23 000, sind in der Fertigungswirtschaft beschäftigt; nur rund 5000 entfallen auf die schwere Industrie. Von einer Konzentrierung der Betriebe ist im Hagenener Bezirk wenig zu verspüren, eher läßt sich das Gegenteil behaupten. 1895 wurden z. B. 445, heute dagegen annähernd 600 Betriebe gezählt, inkl. 12 größerer Werke. Im Durchschnitt entfallen auf den einzelnen Betrieb 42, bei den größeren Werken 435 Arbeiter. Produziert werden in der Hauptsache Schrauben und Muttern, Waggonbeschlagteile, Werkzeugmaschinen, schmiedbarer Eisenguß (Temperguss), Sägen und Hacken, Fräse- und Automobillteile, Ambosse, Schraubstöcke etc.

Wie kein zweiter Bezirk war nun begreiflicherweise der Hagenener in den letzten Jahren der Schauplatz größerer und kleinerer Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir erinnern nur an die Forstereibewegung im Jahre 1906, die wegen ihrer interessanten Begleiterscheinungen denkwürdige Bewegung der Grünfelder Hammerschmiede im Jahre 1909, sowie die Gesamtansperrung im Vorjahre, die circa 20 000 Arbeiter in Arbeitslosigkeit zog.

Obwohl die wirtschaftlichen Vereinigungen wie Schraub- und Stahlradfabrikanten, Verein der Hammer- und Haderfabrikanten, Verein der Tempergießereien etc. schon vor Jahren geschlossen wurden, ist der Arbeitgeberverein erst im Jahre 1905 gegründet worden, als Folge der allmählich sich entwickelnden Arbeiterorganisationen. Als beste Abwehr gegen die „unberechtigten“ Forderungen der Arbeiterorganisationen hat der Arbeitgeberverein bis 1910 aufeinander die Ausperrung gehalten. Wir sagen bis 1910, denn die vorjährige Ausperrung hat dem Arbeitgeberverein Hagen-Schwelm Klipp und Kar bewiesen, daß ein ehrlischer Friede doch weit besser ist wie ein Kampf, der beiden Faktoren unermesslichen Nachteil bringt. Die letzte Ausperrung hat aber auch das gerade Gegenteil von dem bewirkt, was die Unternehmer sich von ihr versprochen. Statt der beabsichtigten Verschärfung der Arbeiterorganisationen war eine starke Entwicklung derselben die Folge. Zwar stehen noch immer viele Arbeiter außerhalb der Organisation, aber die Zeit wird auch diesen „Braven“ schon lehren, daß ein standbewußter Arbeiter organisiert sein muß. Im Vorjahre wurde ein Teil durch die „Mittelbarkeit“ der Fabrikanten „unterstützt“. Ob es bei einer eodl. neuen Ausperrung wieder geschieht möchten wir indes sehr bezweifeln; Meinte doch der letzte Handelskammerbericht, gerade der Umstand, daß die organisierten Arbeiter von ihren Organisationen, die unorganisierten von den Fabrikanten unterstützt worden seien, hätte nur die Dauer des Kampfes verlängert. Wir gehen daher in der Annahme wohl nicht fehl, daß beachtenswert wird, die „Braven“ und „Armen“ in Zukunft ein jach hungern zu lassen, damit sie eher gegügig sind. Hoffentlich befinden sich die unorganisierten Kollegen auf ihre Pflicht.

Die Ausperrung hat dann auch insofern ihren Zweck verfehlt, daß durch sie die Geschlossenheit im Arbeitgeberlager nicht gewachsen ist. Zwei der größten Firmen haben durch die Ausperrung die „Nase voll“ bekommen, sobald sie nachträglich ihren Austritt aus dem Arbeitgeberverein erklärten. Wir nennen die Akumulatoren-Fabrik mit fast 2000 und die Firma Gärten & Co. mit 1200 Arbeitern. Der einzige Vorteil, der allerdings schwer wiegt, ist für die Arbeitgeber durch die Einführung des Zwangsarbeitsnachweises erzielt. Im Vorjahre hieß es zunächst, der Arbeitsnachweis des Arbeitgebervereins „soll nur Arbeit vermitteln, kein Arbeitssuchen“ und ist gezwungen, eine nachgewiesene Stelle anzunehmen. Wie be-rechtigt unter Mißtrauen gegenüber diesen Verschärfungen war, hat das erste Geschäftsjahr des Arbeitsnachweises bewiesen. Doch lassen wir zuvor eine maßgebende Stimme hierzu sprechen. Der letzte Handelskammerbericht schreibt über die „Legenstübe“ Wirksamkeit folgendes:

„Der Arbeitsnachweis konnte in wiederholten Fällen solchen Firmen, über die durch die Arbeiterorganisationen die Sperre verhängt war, genügend Arbeitskräfte zuweisen. Er ermöglichte es in allen Fällen, entbehrende Bewegungen sofort festzustellen und war dadurch in der Lage, wirklich vorhandene Differenzen rechtzeitig zu beseitigen.“

Diese Konvention spricht für sich selbst. Wie man praktisch arbeitet, wollen wir noch an einem Beispiel nachweisen. Der Arbeiter M. erhielt vor kurzem von der Nachweiskasse Hagen, wo er um Arbeit vor sprach, einen Schein für die bestreifte Firma Remy-Gesellschaft. Es war begreiflich, daß dieser Arbeiter, als er hernach erfuhr, daß die Firma Remy gestreift wurde, die Arbeitsannahme verweigerte. Die Firma Remy bestreift dieses prompt durch den Vermerk auf dem Nachweisschein: „Will nicht anfangen wegen der Differenzen z. B. V. Vertriebsrecht.“ Der Kollege ging sofort zu einem anderen Firma, wo er dann auch Arbeit zugesagt erhielt. Da diese Firma aber dem Arbeitgeberverein angehörte, machte sie die Einstellung davon abhängig, daß M. den „Nachweisschein“ beibringe. Ohne den Schein darf eben keine Firma einen Arbeiter einstellen. („Herr-im-Haus-Standpunkt“?) M. wanderte nun wieder zum Arbeitsnachweis, wo ihm aber schlantweg erklärt wird: „Sie bekommen keinen Schein, erst fangen Sie bei der Firma Remy an.“ So steht also heute das „Vertriebsrecht“ des Arbeiters in Hagen aus. Ist er nicht bereit, unter Umständen auch Verzehr an seinen eigenen Arbeitskollegen zu verzichten, muß er eben hungern.

Derartige Fälle stehen nicht vereinzelt da. Bemerkenswert ist, daß M. zu jenen Leuten gehörte, die bisher den Verbandsstreik „ipartem“. Öffentlich hat er, wie auch manche andere, denen es genau so erging, nun erfahren, wohin eine solche falsche „Sparjamkeit“ führt.

Man muß sich nun fragen, wohin die Politik des Arbeitgebervereins eigentlich führen soll. Den Frieden fördert sie wahrhaftig nicht. Aber den scheinen auch gewisse Herren garnicht zu wollen. Die minimalsten Forderungen, welche die Arbeiter stellen, werden nicht eher berücksichtigt, bis auch die Kündigung erfolgt. Die meisten Bewegungen, welche in diesem Jahre geführt wurden, hätten sich zweifelsohne auch auf friedlichem Wege regeln lassen. Wir erinnern an die Streiks bei Heddinghaus-Mttenwörde, Würbel-Gebelsberg, G. Tesche-Hagen, Remy-Gesellschaft, ferner an die Bewegungen bei Hobermann Nachf., Vogelhang und Gebelsberg, und Wittmann Nachfolger-Gesellschaft. Der Streik bei der Firma Schubeis-Schwelm dauert bereits 2 Monate, obgleich auch hier bei einigem guten Willen der Friede leicht erreicht werden könnte. Unserer Ueberzeugung nach würde der Arbeitgeberverein nur seiner Pflicht nachkommen, wenn er sich einmal ernstlich bemühte, die bestehenden Differenzen auf friedlichem Wege zum Ausgleich zu bringen. Sicherlich liegt das genau so gut im Interesse der mächtigen Industrie, als wenn man von den Arbeitern verlangt, sie sollen darauf wirken, daß die heimische Industrie konkurrenzfähig bleibe. Die Arbeiter sind die Leuten, welche den Frieden nicht wollen. Aber auch die Arbeitgeber sollen einmal den christlichen Willen zeigen, daß sie das gleiche wollen. Bisher haben sie das in ihrer Gesamtheit nicht getan. Wir erinnern daran, wie sich nach der vorjährigen Aussperrung einzelne Firmen über die zwischen Arbeitgeberverein und Arbeiterorganisation getroffenen Vereinbarungen hinwegsetzten, und Arbeiter nur aus dem Grunde nicht wieder einstellten, weil man wußte, es sind „Organisierte“.

Auch dient es dem Frieden nicht, wenn man so handelt, wie kürzlich die Inhaber der Firma Remy-Gesellschaft. Diese Firma hatte ein schriftliches Abkommen mit ihren Arbeitern getroffen, laut welchem der Streik unter der Bedingung beendet wurde, daß die beiderseits getroffenen Maßnahmen zurückgezogen wurden. Die Firma kam ihrem Versprechen in der Form nach, als sie nachher einen Teil der Streikenden nicht wieder einstellte mit der Motivierung „Stellen besetzt“. Trotzdem wurden neue Arbeitskräfte angeworben und Ueberstunden auf Ueberstunden gemacht. Ob die Herren Wolff, Freitsprecher & Co. von genannter Firma glauben, das sei „Friedenspolitik“? Wir sind der Ansicht, daß man durch betätigte Schikanen Wind sät und Sturm erntet. Und beschwichtigt wird dieser Sturm sicher nicht durch insane Selbstdenken und sonstige Schurkenstreiche, die sich ein „Herr“ Arbeiter gegen unsere Kollegen herausnehmen zu dürfen meint.

Der Handelskammerbericht klagt über Abwanderung tüchtiger Arbeiter aus dem hiesigen Bezirk nach auswärts. Kann das den Kenner der hiesigen Verhältnisse Wunder nehmen? Wir sagen nein. Die mächtige Industrie bedarf eines arbeitsfreudigen Stammes von Arbeitern. Die ganze Lage derselben erfordert es. Will man ihn, nun, dann den Forderungen der Arbeiter das notwendige Verständnis gezeigt. So wie bisher, kann es nicht weiter gehen.

An unseren Mitgliedern im Hagen-Schwelmer Bezirk liegt es, mit allem Eifer für den Ausbau unseres Verbandes zu wirken. Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen sind dazu da, um überwunden zu werden. Je einig, geschlossener wir stehen, um so eher werden wir unser Ziel erreichen. B. A.

Warum hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die Öffentlichkeit ein Interesse am Erstarken des Gutenberg-Bundes.

Diese Frage beantwortet in treffender Weise die folgenden vom Gutenbergbund herausgegebene Broschüre „Demaskiert“ (Preis

20 Pfg., portofrei 30 Pfg.). Da die dort gemachten Ausführungen wohl Anspruch auf die Beachtung jedes christlichen Arbeiters machen dürfen, bringen wir sie nachstehend zum Abdruck:

„Se klarer der sozialdemokratische Buchdruckerverband wird, um so mehr steigt sein Machtkünstel, um so stärker macht er auch von seiner Macht Gebrauch. Das haben einzelne Druckerereien schon zur Genüge zu spüren bekommen. Erst in Nr. 88 vom 13. April d. J. berichtete der „Vorwärts“, daß in einer Parteibucherei in Effen es zum Konflikt kam, weil das Personal verlangte, daß das Falt des Faktors nach ihrer Anordnung gestellt werden sollte. Als dem Verlangen nicht stattgegeben wurde, stellte das Personal die Arbeit ein. 24 Stunden ruhte die Arbeit, das Blatt konnte nicht erscheinen. Schließlich wurde das Personal ersucht, einen Platz für den Leiter anzugeben.“

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (Nr. 65, 1911) berichtet: „Ein Maschinenmeister, der seit sechs Wochen vier Tiegeldruckpressen bediente, mußte auf direkte Veranlassung des Gewerkschafts und Ortsvorstandes (des Verbandes) unter Umgehung der tariflichen Zustände die vierte Tiegeldruckpresse zwei Tage stehen lassen.“

Wer denkt hier nicht an den Kontrakt- und Tarifbruch der 37 Notationsmaschinenmeister bei der Firma Scherl in Berlin. Zweimal legten sie den Betrieb still. Am 8. Mai 1911 (damals gab die Firma unter dem Druck nach) und am 16. Juni. Das erste Mal ruhte der Betrieb einige Stunden, das letzte Mal drei Tage. Und mit diesen 37 erklärten sich die Maschinenmeister der Firmen Illstein und Wosje solidarisch, sodaß auch diese beiden Betriebe einen Tag stilllagen. Wie viele solcher und ähnlicher Fälle ereignen sich im Laufe des Jahres. In einer größeren Druckererei in Effen stellte man feinerzeit das Verlangen, den Faktor zu entlassen, widrigenfalls die Arbeit eingestellt würde. Was wollte die Firma machen. Um sich vor größeren Schäden zu bewahren, entließ sie den Faktor.

Solche Vorgänge werden aber vom offiziellen Organ des Verbandes selten gerügt. Im Gegenteil, der „Korrespondent“ reizt ja die Mitglieder förmlich und zeigt ihnen den Weg dazu. Als Ende vorigen Jahres einige Zentrumsblätter es wagten etwas über die Neutralität des Verbandes zu schreiben, da handelte der „Korrespondent“ (Nr. 150 vom 31. Dezember 1910) die Zentrumspreise wie folgt an:

„Wir raten dem Teile der Zentrumspresse, der seine Auffassung von der Neutralität der Gewerkschaften nicht besser als durch seine skrupellose Propaganda für den Guttenbergbund betätigen zu können glaubt, dringend, die Hände davon zu lassen. Die Buchdrucker verstoßen wenig Spaß, wenn sie sehen, daß sie zum Sturmbod für irgend eine politische Partei gemacht werden sollen. Ihr Empfinden ist viel zu gesund und ihre Erfahrung zu groß, als daß sie dahinter nicht sofort den Herfuß sehen würden. Wer es wagt, den Feuerbrand zwischen sie zu werfen, sehe sich ja vor, daß er nicht selbst dabei zu brennen beginnt!“

Wjo eine glatte Trostung, geboren aus dem Machtkünstel des Verbandes. Der „Korrespondent“ hat im Jahre 1904 schon einmal bei der Empfehlung des Generalsekretärs das Wort Mirabeaus zitiert: „Nützlich auch, reizt nicht dieses Wort, das alles hervorbringt und das, um fürchterlich zu sein, nur unbeweglich zu sein braucht.“

Nach vor Monaten berichtete die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ darüber, was sich Verbündeter alles erlauben dürfen. Die Mitglieder des Buchdruckerverbandes alles aufboten, um die von den katholischen Redinghausens gegründete Druckerzeitung in der die „Redinghausener Volkszeitung“ erscheint, zugrunde zu richten. (Siehe „Typography“ Nr. 14 und 16, 1911.) Sofort wurde hier, wie in früheren Fällen, vom Verband (Bezirk Bochum) unterm 14. März ein Rundschreiben erlassen, den Verfasser des Artikels in Erfahrung zu bringen. Doch tergebens.

Die jahrelange „geistige Erziehung“ der Verbandsmitglieder durch den „Korrespondent“ hat diesen geradezu die Köpfe verwirrt. In Nr. 126 vom 27. Oktober 1906 druckt der „Korrespondent“ einen Artikel ab, in dem es u. a. heißt:

„Ich kann den Verband, dessen Mitbegründer ich seinerzeit gewesen, nicht von dem Vorwurfe freisprechen, daß er mit zu der Teuerung beigetragen hat. Bei der starken Organisation des Verbandes durfte ernicht zulassen, daß seine Mitglieder in Offizinen reaktionärer, auf Verteuerung der Lebensmittel hin arbeitenden Zeitungen tätig waren. Schon damals hätte der Verband energig Front machen müssen gegen solche geradezu verbrecherischen Bestrebungen. . . . Wären Seher und Drucker nicht für die Verbreitung des gedruckten Wortes zu haben gewesen, dann hätte die Agitation für die Verteuerung der Lebensmittel nicht so wirksam werden können. Ich habe als junger Gehilfe schon so viel Gefühl für Recht und Unrecht gehabt, daß ich z. B. der Druckererei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ im Jahre 1862 nach eineinhalbwöchiger Tätigkeit den Rücken kehrte, weil es mir widerstrebte, an einer reaktionären Zeitung mitzuwirken.“

Wenn auch die Redaktion nicht damit einverstanden war, so ist es doch recht bezeichnend, daß sie den Artikel gebracht. Sie läßt doch sonst Artikel, die ihr nicht recht in den Kram passen, in den Papierkorb verschwinden.

Und daß die neue Redaktion christliche Gedanken propagiert, beweist die Nr. 26 des „Korrespondent“ von diesem Jahre. In einem Artikel „Die es angeht“ wird u. a. ausgeführt:

„Es muß zu erreichen sein, daß ein auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehender Zeitungsverleger die Spalten seines Blattes den Desperados im Gewerbe verschließt und seiner Redaktion ein für alle Mal die Weisung erteilt, Aushebungen des Arbeitgeberverbandes in den Papierkorb wandern zu lassen.“

Wir haben diese Dinge vorangeführt, weil die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeiter-, Jugend- und Gesellenvereine usw. vielfach ihre Arbeiten in Druckerereien herstellen lassen, in denen hauptsächlich Verbandsmitglieder beschäftigt sind. Und wie man verlangt, die Redaktion anzugehen, Zusendungen des Arbeitgeberverbandes in den Papierkorb wandern zu lassen, so würde man bald verlangen, nichts mehr von den christlichen Gewerkschaften aufzunehmen — sonst. . . Die Redakteure unserer christlichen Druckerorgane könnten Hände schreiben über die Trudfehler, die sich oft „unfällig“ in ihre Artikel einschleichen. Sie könnten reden von dem Verfahren beim Trud von Flugblättern usw. Es ist vorgekommen, daß sich Vertrauenspersonen neben die Maschine postieren mußten, damit nicht in der Maschine noch stumme Stellen Fehler in den Satz „hineinfortgerollt“ wurden. Schwierig ist es immer, Arbeiten herstellen zu lassen, die geheim gehalten werden sollen. Der Verbandsvorsitzende Döblin erklärte auf der 7. Generaterversammlung in Hannover: „Die Gesellenorganisation muß durch ihr Verhalten dafür sorgen, daß die Prinzipale ein gewisses Vertrauen zu ihnen haben, da doch streng vertrauliche Sachen zu ihrer Kenntnis kommen.“ Haben Sie auch die vertraulichen Sachen immer als solche behandelt?

Zu wiederholten Malen hat „ein günstiger Wind“ den sozialdemokratischen Partei- oder Arbeitersekretariaten Manuskripten und Abzüge von Manuskripten zugeweht, die die Aktion der christlich-nationalen Arbeiter aufs schwerste zu schädigen, ja zu durchkreuzen geeignet waren. Wir denken an die Gewerbegerichtswahlen zu Altheim (Ruhr) im Oktober 1907. Da haben die Sozialdemokraten eine Antwort auf das christliche Flugblatt gegeben, die noch ehe dieses Flugblatt überhaupt erschienen war. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Eberfeld 1909 wurde das sozialdemokratische Parteiorgan, die „Freie Presse“, in die Lage versetzt, den Wortlaut eines Flugblattes abdrucken zu können, bevor es publiziert war. Bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse in Eberfeld Ende 1908 haben die Sozialdemokraten in einem Flugblatt gegen eine Erklärung frondiert, die nur zwei Stunden in der Druckererei des „Generalanzeigers“ gelegen und niemals gedruckt worden war.

In Nr. 26 vom 3. März 1908 schloß der „Korrespondent“ selbst einen ähnlichen Fall. Ein Verbandsmitglied hatte sich einen Druckabzug angeeignet von einer Petition, die in einer Druckererei in Plauen i. V. gedruckt wurde, und den Inhalt frühzeitig für eine Zeitung am Ort verwendet. Die Petition sollte ausdrücklich geheim gehalten werden. Der Verbändler wurde entlassen und wegen Unterschlagung zu 5 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Die „Volksmacht“ in Freiburg schreibt in Nr. 1 (1. Juli 1911): „Das erste säufelnde Lüfterl, das über unsern neuen Schreytisch hinwegfachte, hat uns nachstehendes Zirkular vermittelt.“ Dann druckt sie ein Zirkular ab, das am Freitag in einer Druckererei gedruckt und des Sonntags von den Kanzeln verlesen werden sollte. Sonnabends stand es schon in dem sozialdemokratischen Organ. Wo kam das „säufelnde Lüfterl“ her? Wer kann's wissen.

In Desterreich passierten ähnliche Dinge: Die „Buchdruckerwehr“ Wien teilt in Nr. 13 (1. Juli 1911) mit: „Vor wenigen Wochen stand in der „Arbeiterzeitung“, daß in der Norbertusdruckererei grüne Wahlplakate für die „Stamm-Partei“ gedruckt werden, und trotzdem selbe nicht geliefert werden, hatte die „Arbeiterzeitung“ schon Kenntnis davon.“ Ein anderer Fall ereignete sich vor mehreren Jahren im „Deutschen Volksblatt“. Ein daselbst beschäftigter Seher nahm den Abzug eines Artikels, der für das Morgenblatt bestimmt war, und trug denselben in der Nacht zur „Arbeiterzeitung“, wo derselbe ebenfalls am nächsten Morgen, aber kritisiert, zur selben Stunde mit dem „Deutschen Volksblatt“ erschien.“

Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß Verbändler mit Notizen über christliche Gewerkschaften usw. zum Redakteur gingen, um ihn „aufzuklären“, daß dies oder jenes nicht könne. Neulich erst weigerte sich ein Verbandsmitglied in einer Druckererei Redinghausens, den Jahresbericht des Gutenbergbundes zu sehen. Das Manuskript sei „verloren“ gegangen. Nachdem er aufgefordert wurde: entweder oder — hat er es schließlich am nächsten Tage doch gezeigt. „Brotmoral?“ —

Arsenwasserstoff.

Zu den giftigsten Stoffen in Mineralreiche gehört das Arsen und seine Verbindungen. Am bekanntesten davon ist wohl das sogenannte Giftmehl, das in der Chemie den Namen „Arsenige Säure“ bzw. „Arsenittrioxyd“ führt; dasselbe wird bei der Verarbeitung von vielen Erzen, namentlich Nidel-, Kobalt-, Zink-Erzen u. gewonnen. Seine gewerbliche Verwendung ist in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen, namentlich werden die arsenhaltigen Farbstoffe wie Schwebeluzer Grün, fast ganz durch die nichtgiftigen Teerfarbstoffe verdrängt.

Diese arsenige Säure, auch „weißer Arsenit“ genannt, war das in den letzten Jahrhunderten bei verbrecherischen Vergiftungen am meisten angewandte Gift. Schon 0,1 Gramm genügen, um den Tod herbeizuführen. Seine Verwendung zu diesen Zwecken ist seit vielen Jahren jedoch zurückgegangen.

Eine äußerst giftige Verbindung, die in den letzten fünfzehn Jahren viel von sich reden machte, und in gewissen gewerblichen Betrieben leider eine Reihe von schweren Unfällen verursachte, deren Ausgang meist ein tödlicher war, ist der Arsenwasserstoff. Chemisch stellt er eine Verbindung zwischen dem Metalle, Arsen und dem Wasserstoffgas dar. Er tritt bei der Herstellung einer Reihe von chemischen Produkten auf, hat einen knoblauchartigen Geruch, ist farblos und bewirkt bei der Einatmung sehr rasch die unangenehmsten Folgen. Bei geringen Mengen tritt eine Gelbfärbung der Haut und des Auges ein, ein metallischer Geschmack

im Munde, begleitet von Magenkrämpfen. Werden größere Mengen eingeatmet, so werden die Magenschmerzen äußerst heftig, vielfach tritt Blutbrechen auf, Schmerzen in der Herengegend, die Muskeln in den Armen und Beinegelenken werden steif, anstatt Urin wird zerfetztes Blut, das ganz schokoladenfarbig aussieht, unter heftigen Schmerzen entleert; und in 2-3 Tagen tritt, falls genannte Erscheinungen nicht zurückgedrängt werden können, der Tod ein. Werden Leube geheilt, die an Arsenwasserstoffvergiftung gelitten haben, so bleibt als Folge sehr oft eine gewisse Steifigkeit der Arme- und Beinmuskeln zurück.

Arsenwasserstoff tritt überall dort auf, wo ein in Säure lösliches Metall mit arsenhaltiger Salzsäure oder Schwefelsäure zusammengebracht. Noch vor 50 Jahren wurde die Schwefelsäure aus Schwefel dargestellt und war daher Arsenfrei. Jetzt wird aber dieses Hauptprodukt der chemischen Technik nicht mehr aus Schwefel, sondern fast ausschließlich aus schwefelhaltigen Erzen, die meist arsenhaltig sind, hergestellt; das Arsen geht von den Erzen in die Schwefelsäure über und, da Schwefelsäure zur Herstellung von anderen Säuren verwendet wird, geht das Arsen auch in diese über. Werden nun Metalle in diesen Säuren gelöst, so tritt neben Wasserstoff noch Arsenwasserstoff auf. Der Arsenwasserstoff entsteht also bei der Herstellung von Wasserstoff, der bekanntlich zur Füllung von Luftballons verwendet wird. Früher sind bei der Herstellung von Wasserstoff zwecks Füllung von größeren Ballons und auch Kinderluftballons mehrfach Vergiftungen mit Arsenwasserstoff vorgekommen. Diese Vergiftungen sind aber jetzt lehrer Zeit ausgeschlossen, da der Wasserstoff zur

Füllung der Luftschiffe nicht mehr aus Metall und Säure, sondern durch den elektrischen Strom hergestellt wird.

Arsenwasserstoff tritt gemäß dem Vorherstehenden auch auf beim Beizen von Metallen mit Säuren, bei der Herstellung von Lötlager aus Zink und Salzsäure, bei der Gewinnung von Zinn aus Zinn und Salzsäure, bei der Verarbeitung von zinkhaltigem Material, wie es vielfach bei der Herstellung von Teerfarbstoffen geschieht. Selbstredend ist eine Entwidlung von Arsenwasserstoff nur möglich, wenn die Säuren arsenhaltig sind. In manchen Betrieben ist man dazu übergegangen, an Stelle der gewöhnlichen Salzsäure gereinigte Salzsäure zu verwenden. Wo aber wegen der Rentabilität des Betriebes arsenfreie Salzsäure nicht verwendet werden kann, müssen die Apparate, in denen Arsenwasserstoff entstehen kann, mit vorzüglich wirkenden Abzügen versehen sein. Da Umfälle meist dann eintreten, wenn Arbeiter zwecks Reinigung von Gefäßen, in welchen die Bildung von Arsenwasserstoff möglich war, in die Gefäße hineinkriechen und dort längere Zeit verweilen, so muß gerade in solchen Fällen die größte Vorsicht angewandt werden.

Von maßgebender Seite ist in den letzten Jahren vieles geschähen, um die Vergiftungen von Arsenwasserstoff zu vermeiden. Zunächst ist überall Vorsicht dort am Platze, wo eine Bildung von Arsenwasserstoff überhaupt möglich ist, und das ist, wie gesagt, überall da, wo Schwefelsäure, Salzsäure und auch Salpetersäure mit Metallen, namentlich Eisen und Zink in Berührung treten, und wo nicht garantiert arsenfreie Säuren zur Verwendung kommen. Dr. A.

So heißt es unter anderem: „Die Arbeiter legen ohne stichhaltigen Grund die Arbeit nieder und versuchen durch teilweise Einstellung von Betrieb einer Firma in Ruhezustand, um sie durch Zufügung von Schäden in eine Zwangslage zu versetzen.“

Sie verhängen über die Arbeiter durch unfälliges Benehmen auf der Straße, wobei sogar strafbare Handlungen vorgenommen werden, wie die geistlichen Urteile aus Anlaß des Streiks bei der Firma Schmöle u. Co. erwiesen haben.

Sie halten den Zugang fremder Arbeiter fern, wodurch die gesamte hiesige Industrie und mit ihr das Gemeinwohl Mendens schwer geschädigt wird, da der Mangel an Arbeitskräften die Firmen an der Erweiterung ihrer Leistungsfähigkeit behindert.

Sie erpressen durch Androhung des Boykotts Unterstützung von kleineren Geschäftsteilen, an die sie Streikmarken verkaufen.

Sie versuchen, die öffentliche Meinung und die Behörden durch enge und unwahre Verbindungen in Zeitungen und Flugblättern zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Demgegenüber ist festzustellen und es entspricht durchaus der Wahrheit, daß die Arbeiter von Neuwalzwerk in Hösperde, wo der Streik seinen Ausgang nahm, eine mühsame Vorkampfbewegung forderten, da trotz der letzten Gehaltsminderungen in den letzten Jahren statt Vorkampfbewegung Abzüge erfolgt waren. Selbst als die Arbeiter, die allgemeine Vorkampfbewegung fallen ließen und nur eine kleinere Lohnzulage für besondere kleine Kommissionen forderten, wovon die Arbeiter angaben, nicht zu ihrem Lohn zu kommen, teilte die Firma ab und setzte noch einen verächtlichen Akkordtarif vor. Nach mehreren Verhandlungen mit einer Arbeiterkommission machte die Firma einige kleine Zugeständnisse, womit die Arbeiter sich schließlich zufrieden erklärten und die Arbeit wieder aufnehmen wollten. Nunmehr aber zog die Firma alle Zugeständnisse wieder zurück und verlangte nicht nur bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, sondern wollte noch einen großen Teil der Arbeiter nicht wieder einstellen, trotzdem für dieselben kein Ersatz im Betriebe vorhanden war. Es verdient dies besonders festgehalten zu werden, weil man in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken versuchte, als ob es sich nur um die Wiedereinstellung eines einzigen Arbeiters handelte.

Die Firma lehnte nicht allein eine Verhandlung mit den Vertretern der Organisation ab, sondern erklärte, daß sie weiterhin auch mit den Arbeitern nicht mehr verhandeln werde.

Zu einem Anschlag in den Betrieben machte hierauf der Arbeitgeber-Verband bekannt, die Kündigung aller organisierten Arbeiter vorzunehmen, wenn bei dem Neuwalzwerk Hösperde nicht soviel Arbeiter als wieder eingestellt werden könnten, als die Firma zur Wiederaufnahme des vollen Betriebes vorkünftig benötigte.

Man vergegenwärtige sich den Widerspruch, die Arbeiter wollen die Arbeit wieder aufnehmen, die Firma weist sie ab, und der Arbeitgeber-Verband verhängt wegen denselben Arbeitern, die an der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Firma Neuwalzwerk behindert wurden, die Aussperrung. Eine größere Konfusion ist jedenfalls bei den tausenden von Arbeitsstreitigkeiten in Deutschland noch nicht zu verzeichnen gewesen. Nur Ehre des Arbeitgeber-Verbandes sei angenommen, daß man ihn über die Vorgänge falsch unterrichtete.

Der Vorwurf, die Arbeiter erpressen bei kleineren Geschäftsteilen unter Androhung des Boykotts Unterstützung durch Verkauf von Streikmarken, ist, gelinde gesagt, eine grobe Unwahrheit. Wenn Arbeiter bei bekannten Geschäftsteilen eine kleine Sammlung vornehmen, so geschieht dies bei außerordentlichen Gelegenheiten, über- all. Es ist unverständlich, wie damit eine Gesamtaussperrung der Arbeiter gerechtfertigt werden soll.

Der Sache aber wird die Krone aufgesetzt durch die Behauptung, die Arbeiter hätten durch „auffälliges Benehmen“ auf der Straße die Arbeitswilligen belästigt. Tatsache ist, daß bis jetzt bei der ganzen Bewegung keinem Arbeitswilligen auch nur ein Haar gekrümmt wurde. Die ehrlich um ihr Recht ringenden Arbeiter dürfen doch wohl noch über die Straße gehen und Vorübergehenden frei ins Auge blicken. Wer sich dadurch „belästigt“ fühlt, scheint wohl kein gutes Gewissen zu haben, oder sollten die Herren Arbeitswilligen so zart besaitet sein, daß sie den ehrlichen Blick eines aufrechten Mannes nicht mehr ertragen können? Unrecht ist es aber zur Rechtfertigung der Aussperrung, unbedeutende Dinge anzuführen, die bei Schmöle u. Co. vor Monaten sich ereigneten. So setzen also die Rechtfertigungsversuche des Flugblattschreibers des Arbeitgeberverbandes aus. Ungerechtfertigter ist wohl keine Aussperrung verhängt worden, wie in diesem Falle in Mendens. Wir wollen hoffen, daß bei einem großen Teil der Arbeitgeber diese Erkenntnis sich Bahn bricht. Ob es im Interesse der Arbeitgeber liegt, für eine Firma die Kasernen aus dem Feuer zu holen, welche in solch rückwärtschreitender Weise mit ihren Arbeitern umspringt, dürfte doch sehr zweifelhaft sein.

Die Arbeitgeber in Mendens hatten einen biederen, ähnen, fleißigen Arbeiterstand, der jahrelang seine Pflicht getan, teilweise sogar unter sehr bescheidenen Lohnverhältnissen. Und diesen mit ihnen verwachsenen Arbeiterstand werfen sie ohne stichhaltigen Grund den Fehdehandschuh hin und vergeden sich ein Maß von Vertrauen und Arbeitsfreudigkeit, was sich für alle Zukunft bitter rächen wird.

Daß die Mendenser Arbeiter bei aller Bedürfnislosigkeit auch in die Zwangslage versetzt werden, hier und da mit dem Wunsche einer kleinen Lohnaufbesserung hervortreten, wer kann ihnen das verargen, oder als Aufwiegelung und Widersetzlichkeit anrechnen? Leben muß der Arbeiter schließlich auch in Mendens. Wenn unter 2233 Steuerpflichtigen in Mendens allein 1200 ohne Einkommensteuer, also unter einem Einkommen von 900 Mark stehen, zum fingierten Satz von 4 Mk., 436 Personen, und 567 Personen zu 6 Mk., und nur 440 Personen zu 9 Mk. veranlagt sind, so beweisen diese Zahlen, wie es über den Lohnverhältnissen der Arbeiter besteht ist; darüber helfen Schlagworte nicht hinweg. Trotz dieser schlechten Lohnlage sind die Arbeiter bis jetzt nur einzeln um Lohnverbesserungen eingekommen, letzter mußten sie auch in verschiedenen Fällen zum letzten Mittel, zum Streik greifen, um einige Verbesserungen zu erreichen.

Nicht um des Streiks willen müssen unsere Kollegen, sondern um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn das den Arbeitgebern in Mendens klar zum Bewußtsein kommt, dürfte für sie der Grund gefallen sein, um den die Aussperrung verfügt wurde. Sollten sie aber den noch ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit und ohne sich selbst großen Schaden zu tun, unsere Kollegen aber selbst aus diesen neuesten Vorwänden lernen, daß ihnen ein Weg zu gehen übrig bleibt, Mitglied im christlichen Metallarbeiterverband müssen sie unorganisiert werden, dann ist ihre Zukunft gesichert.

Füsseldorf. Die Bewegung zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Kunst- und Bauhölzer wurde hier in die Wege geleitet. Der hiesigen Schlosserinnung wurde folgender Tarifvertrag für das Bau- und Kunstschlossergewerbe der Stadt Füsseldorf eingereicht:

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, an den Samstagen 9 Stunden inkl. Aufkommen bei voller Bezahlung. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird bis 2 Uhr durchgearbeitet.
2. Überstunden sollen nach Möglichkeit vermieden werden, müssen jedoch gemacht werden, so sind dieselben mit 25% Aufschlag zu bezahlen. Nacht- und Sonntagsarbeit werden mit 50% Aufschlag vergütet. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends ab.
3. Der Lohn wird nach Leistung bezahlt. Er soll jedoch im ersten Jahre nach brendeter Lehre nicht unter 40 Pfg. pro Stunde betragen. Von da ab 45 Pfg. Selbständige Gesellen erhalten nicht unter 55 Pfg. die Stunde. Hilfsarbeiter von 18-20 Jahren erhalten nicht unter 35 Pfg. die Stunde. Sonstige Gehilfen, wie Schmiede, Dreher, Gürtler usw., erhalten die in ihrem Beruf geltenden Löhne.
4. Bei Bauarbeiten innerhalb der alten Stadtgrenze werden 5 Pfg. Zuschlag pro Stunde bezahlt. Ist die Arbeitsstelle 3 Kilometer vom Geschäft aus entfernt, wird auch Fahrgeld bezahlt. Bei Arbeiten außerhalb der Stadtgrenze, wo die Rückkehr abends erfolgen kann, wird für die Mittagspause, außer Kanalarbeit eine Vergütung von 70 Pfg. bezahlt.
5. Bei Akkordarbeiten wird der Stundenlohn garantiert, jedoch ist der Akkordpreis darauf anzusehen, daß ein angemessener höherer Verdienst erzielt wird. Ebenfalls wird der Akkordpreis vor Übernahme der Arbeit vereinbart.
6. Die Lohnung findet Freitag vor Schluß der Arbeitszeit statt.
7. Das Arbeitsverhältnis kann zu jeder Zeit gelöst werden. Eine Kündigung findet nicht statt.
8. Die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen sind streng einzuhalten. Insbesondere ist für genügende Ventilation in der Werkstatt, ausreichende Vorrichtungen, Verbandszeug, sowie für die nötigen Sicherheitsvorrichtungen auf Bauten Sorge zu tragen.
9. In Werkstätten, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, als dieser Vertrag vorsieht, dürfen dieselben nicht verschlechtert werden. Gesellen, die bereits die in diesem Vertrag vorgesehenen oder höhere Löhne erhalten, bekommen bei Inkrafttreten dieses Tarifs eine Zulage von 5 Pfg. pro Stunde.
10. Streitigkeiten, welche entstehen sollten, werden durch eine Schlichtungskommission, sofern nicht anders bestimmt werden sollte, erledigt.
11. Dieser Vertrag erndigt am 1. Juli 1913. Falls er nicht 4 Wochen vorher gekündigt wird, läuft er ein Jahr weiter.

Auf diese Forderungen hat die Schlosserinnung an die Organisationen eine Antwort gelangen lassen, mit der sich eine sehr stark besetzte Versammlung der Bau- und Kunstschlosser beschäftigte. Die Versammlung beschloß einstimmig, keine Verschleppung der Angelegenheit eintreten zu lassen und beauftragte die Organisationen, sofort Schritte in die Wege zu leiten, um die Angelegenheit zu erledigen.

Gömm (W.-H.). Schon vor geraumer Zeit traten die Kollegen der Firma Banning, Abteilung Dreherei, an die Werkleitung mit der Bitte heran, verschiedene Unzutunlichkeiten abzustellen. Was am meisten zu Klagen Veranlassung gab, war die willkürliche Festsetzung der Akkordlöhne durch den Meister. Wenn heute einem Kollegen eine Arbeit übertragen worden war, bei der er einigermassen auf seinen Lohn niedrigerem Preis angeboten. Hatten die Arbeiter einmal besonders tüchtig gearbeitet und glaubten etwas mehr Verdienst zu haben, so mußten sie am Lohnstage die Erfahrung machen, daß der Akkord eine solche Berechnung erfassten, daß er über den bestimmten Stundenlohn nicht hinauskam.

Die Arbeiter waren diese Willkür schließlich satt und wünschten das Ausschließen von Akkordtarifen in der Werkstatt. Für die Kollegen, die nicht im Akkord beschäftigt wurden, wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes verlangt, da der Stundenlohn noch 37 Pfg. beträgt. Neben Forderungen betreffs sanitärer Einrichtungen wurde dann noch ein Arbeiterausschuß gewünscht.

Die Firma mußte denn auch wohl die Berechtigung der Forderungen einsehen und versprach, die Wünsche zu berücksichtigen; aber erst müßten die auswärtigen Bewegungen vorbei sein. Ob nun wirklich der Arbeitgeberverband den Forderungen dahingehende Direktiven gegeben oder ob die Firma das nur als Vorwand benutzt, mag dahingestellt bleiben; die Arbeiter waren der Ansicht, sie seien jetzt lange genug fangehalten worden. Als die Firma auf ihrem Standpunkte verharrte, richteten sämtliche Kollegen die Kündigung ein. Hauptsächlich sieht die Firma ein, daß es jedenfalls richtiger ist, mit den Arbeitern Frieden zu schließen als für andere die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Die Kollegen treten geschlossen und unterwürdig in den Kampf, weil sie das Recht auf ihrer Seite wissen. Andererseits sind sie aber auch stets zu einem ehrenvollen Frieden bereit. (Mittlerweile wurde schon eine Einigung erzielt. D. M.)

Auch die Kollegen der anderen Betriebe, die noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben, mögen hieraus lernen, daß es mit dem Kritizieren allein nicht getan ist und sich ihrer Interessentretzung, dem christlichen Metallarbeiterverband, anschließen. Erst dann sind auch sie in der Lage, mitbestimmend in die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzugreifen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Mendens-Hösperde. Die Drehtreher, Drahtzieher, (Grob- und Feinzu) und die Metallbrüder der Firma „Neuwalzwerk“ stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Schloß-Holte. Auf der „Holler Eisenhütte“ (Zug Dr. H. Tenae) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang von Reichsausschüssen, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Stegen. Ueber die Stegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbau ist die Sperre verhängt.

Willingen, (Kreis Mees). Auf dem Rüdels- und Walmerl Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugang von Puddlern und Walwerkarbeitern ist fernzuhalten.

Mehndt. Ueber die Firma Max Schorch ist die Sperre verhängt.

Dortmund-Annem. Ueber die Gießerei der Firma Knapp in Annem wurde wegen raubarer Behandlung der Formner und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

Köln. Die Elektromonteur stehen im Streik. Zugang fernhalten.

Barren-Eberfeld. In der Metallindustrie hier selbst und bei der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Schwelm. Bei der Firma Schubeis stehen sämtliche Arbeiter zwecks Abklärung von Mißständen und Abschluß eines Tarifs im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Frankfurt a. M. Die hiesigen Spengler und Installateure stehen im Streik.

Füsseldorf. In den Maschinenfabriken und Eisenwerkstätten bestehen Differenzen; teilweise stehen die Kollegen in Kündigung oder im Streik. Ege Zuretkende hier selbst Arbeit annehmen, haben sie sich auf dem Biko der Ortsverwaltung zu melden.

W.-Gladbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnanal-Bauanstalt und Eisenwerkerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterchaft wegen vorliegender Differenzen ausgesperrt. Zugang von Arbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Meppen. Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Schwab. Gmünd. Ueber die Eisenwerkerei und Maschinenfabrik Nitz und Schweizer ist die Sperre verhängt. Die Arbeiter stehen in Kündigung. Zugang ist streng fernzuhalten.

Trier. Die Klempner und Installateure stehen zwecks Einführung eines Tarifvertrages im Streik. Zugang von Klempnern, Installateuren und Schlossern ist fernzuhalten.

Zwillingen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Gelsenkirchen. Die Firma Böder u. Co. ist für Werkzeugschlosser gesperrt.

Zutlingen. Bei der Firma A. Schwellhardt stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Mendens. Mendens und Umgebung ist wegen Aussperrung für Metallarbeiter aller Art gesperrt.

Hln-Chrenfeld. Auf der hiesigen Maschinenbauanstalt stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist streng fern zu halten.

Gevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Koch, Fensterriegelfabrik, stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Machen. Die Differenzen bei der Firma Plebboenf sind beigelegt.

Hann i. B. Die Bewegung bei der Firma Banning ist beendet. Nachdem die Firma erklärte, einen Akkordtarif auszuhängen und die Stundenlöhne aufzubessern, wurde die Kündigung zurückgenommen.

Bekanntmachung.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß auf der Reise oder Wanderschaft begriffene Kollegen von den Ortskassierern Streik-, Mostregelungs- oder Arbeitslosenunterstützung verlangt und in manchen Fällen auch erhalten haben. Dieses ist nach dem Statut unzulässig, auf der Reise befindlichen Kollegen darf nur Wanderunterstützung ausbezahlt werden. Wir eruchen die Ortskassierer dieses in Zukunft strengstens beachten zu wollen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. Oktober 1911 der vierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Oktober 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Berlin erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 20 Pfg. für männliche und 10 Pfg. für weibliche Mitglieder, statt bisher 10 und 5 Pfg.; die Verwaltungsstelle Bamberg die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 15 Pfg. und die Verwaltungsstelle Eisenach die Genehmigung zur Erhebung eines solchen von 10 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Adressen.

Wülheim-Rhein. Das neuerriktete Sekretariat befindet sich Kallertstraße 47a, 1. Etage. Die Kollegen von Wülheim und den anverwandten Sektionen wollen sich nunmehr in allen Verbandsangelegenheiten dorthin wenden. Die Adresse für schriftliche Meldungen etc. lautet: Gewerkschaftssekretär Gerhard Billeben.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Saarrevier. Bei der diesjährigen Beratung des Vergetats im preussischen Abgeordnetenhaus wurde besonders die Rentabilitätsfrage eingehend erörtert und manche Vorschläge zu ihrer Verbesserung gemacht. Für den Kenner der Verhältnisse war es klar, daß die Kommission, welche die Mißstände untersuchen sollte, nicht zurecht finden würde. Nach Mitteilung des Herrn Ministers von Sydow, beisehen seine Mißstände auf den fiskalischen Saargebiet und die von den Abgeordneten vorgebrachten sind stark übertrieben. Wir bewundern den Optimismus des Herrn Ministers. Seine Äußerung über die Angelegenheit zeigt aber auch, daß die höheren Beamten in dem Herrn Minister einen wohlwollenden Beschützer haben; das saarabische System läßt nicht zu, daß Fehler oberer Beamten zugegeben werden. Die Arbeiter, denen die Rentabilität der Werke ebenso am Herzen liegt wie den höheren Beamten, zumal die Erhöhung der Löhne mit dem Hinweis auf die schlechte Rentabilität abschlägig beschieden wurde, vertreten in dieser Sache folgende Ansicht:

Den Werkstätten und Maschinenbetrieben einer jeden Grube steht bekanntlich ein aus dem Stelgerstande hervorgegangener Beamter (Werkmeister) vor. Daß diesem Beamten nun als Sachmann die ganze Leitung des Maschinenbetriebes, Anschaffung von Maschinen, Herstellung der Arbeiter in den Werkstätten überlassen blieb, wäre anzunehmen, es ist aber tatsächlich nicht der Fall. Die ausschlaggebende Instanz ist der Bergwart als Leiter der Grube. Den bergtechnischen Kenntnissen dieser Herren der gebührende Respekt — ob sie aber in maschinentechnischen und Werkstattfragen das Richtige stets zu treffen wissen, ist eine andere Frage. Daß in diesen Betrieben die Wirtschaftlichkeit gesichert werden könnte, mag unter anderem Nachstehendes zeigen:

In einigen Gruben befinden sich maschinelle Seilförderungen, mittels deren die Förderwagen an die Füllorte der Schächte befördert werden. Die dabei benutzten Seilgabeln (Seilshoch) werden größtenteils von auswärts bezogen. Tatsache ist nun, daß diese Seilgabeln in den Werkstätten der Grube für den dritten Teil des Preis herzustellen werden können, nach Abzug aller Unkosten und bei Zahlung eines ganz anständigen Lohnes. Warum das nicht geschieht, ist den Arbeitern ein Rätsel. Bei Beschäftigung eines Feuerschmiedes nebst Zuschläger mit diesen Arbeiten würden wohl ca. 20—25 Mark pro Schicht im Interesse der Grube erspart werden können. Genau so geht es bei den Förderwagen. Die Beschläge derselben werden teilweise aus Privatbetrieben bezogen, kosten dann aber viermal so viel, als wenn die Arbeit in den eigenen Werkstätten hergestellt würde. Und erst mit der Reparatur der Förderwagen, da sind schon wahre Schilfbürgerstücke gemacht worden. Ein pensionierter Grubenschloffer betreibt ein Geschäft und übernimmt auf einer Grube die Reparatur der Förderwagen; er macht ein tadelloses Geschäft dabei. Nach Feierabend kommt er bei diesem „Unternehmer“ die Grubenschloffer eine Mark in der Stunde verdienen. Solche Löhne kann sich der Fiskus nicht leisten! Aus welchem Grunde läßt ferner die Verwaltung nicht auch die in Reparatur befindlichen Dampfessel von eigenen Maurern, die doch beschäftigt werden müssen, einmauern, sondern für schweres Geld von einem Unternehmer. Diese Herren machen dabei gute Geschäfte und den eigenen Arbeitern muß eine Lohnzulage wegen schlechter Rentabilität bezahlt werden.

Könnte hier das Interesse des Staates nicht besser gewahrt werden? Es wäre eine dankbare Aufgabe, hier einmal ernstlich nach dem Rechten zu sehen und zu überlegen, wie der Verwaltung und den Arbeitern gedient werden könnte, dann brauchte man den Arbeitern nicht beim Verlangen höherer Löhne in der jetzigen schlechten Zeit entgegen zu halten, die Werkstätten und Maschinenbetriebe als Nebenbetriebe seien nur ein notwendiges Uebel, sie seien nicht rentabel. Als ein Ausschußmann bei einer Sitzung beim Herrn Direktor eines Werkes auf solche Mißstände aufmerksam machte, setzte dieser Herr sich über das Vorgebrachte einfach mit der Bemerkung hinweg: „Wir können unsere Arbeit machen lassen wo wir wollen.“ Auch ein Standpunkt! besonders wenn man bedenkt, daß derselbe Herr eine Lohnhöhung mit Hinweis auf die schlechte Lage des Betriebes ablehnte. Solcher Beispiele ließen sich noch viele anführen, doch davon ein andermal. Hier gilt nur die eine ausschlaggebende Frage: Wird von der Verwaltung das Nötige getan, das Interesse des Unternehmers, in diesem Falle des Staates, genügend zu wahren und warum wird den Arbeitern kein genügender Lohn gezahlt, wo es doch nicht an Mitteln fehlt, um dieses zu erreichen? Das ist offenbar zurzeit der Fall. Man überlege doch einmal mit dem Arbeiterausschuß, auf welche Art und Weise am vorteilhaftesten gearbeitet werden kann.

Wenn auch die Aussicht gering ist, daß in nächster Zeit das saarabische System, welches in erster Linie nur blinden Gehorsam und Kasernendisziplin verlangt, von oben her beiseite gerückt wird, so muß sich die Arbeiterschaft darüber klar sein, daß die Arbeit von unten herauf nicht nachlassen darf. Die Arbeiter haben alle Hände voll zu tun, das dieses System verschwindet, dann werden auch bessere Verhältnisse eintreten. Da aber der Einzelne hier machtlos, muß mit vereinten Kräften gearbeitet werden. Darum treues Festhalten und unausgesetzte Arbeit für unsere Berufsorganisation den christlichen Metallarbeiterverband.

Wallaun. Unsere Ortsgruppe veranstaltete hier und in Niederalfhe am 2. und 3. September je eine öffentliche Versammlung. In beiden Versammlungen referierte Bezirksleiter Kollege Schmidt aus Köln über die Lehren, die wir aus der gegenwärtigen Situation in der Metallindustrie zu ziehen haben. Der Vortragende hieß die zahlreich erschienenen Kollegen herzlich willkommen und erinnerte daran, daß vor 41 Jahren in schwerer Zeit die deutschen Männer durch ihr einmütiges Zusammenstreben großes errungen; vor 5 Jahren, am 2. September 1906, hätten sich die hiesigen Metallarbeiter zur Gründung unserer Ortsgruppe zusammengefunden, um für ihren Stand durch einmütige Arbeit ebenfalls großes zu erreichen. In harter und fesselnder Weise verbreitete sich sodann Kollege Schmidt über die gegenwärtige Lage in unserer Industrie. An Hand eines umfangreichen Materials wies er nach, daß die Metallarbeiterschaft nur dann etwas erreichen könne, wenn sie stark, einig und geschlossen in ihrer Organisation das Beste aus dem Saarabischen System heraus zu holen. Die Arbeiter seien fast hilflos in ihren Verbänden organisiert, da sei es an der Zeit, auch den letzten unsern Verbände noch fernstehenden Kollegen zu fortwährender Mitarbeit bei der Befreiung und Förderung unserer Interessen heranzuziehen. Den entscheidenden Protest aller erliebenden Kollegen müsse es herausfordern, daß auf

einer festigen Eisenstütze Streikarbeit für die Holtener Eisenhütte hergestellt werde; denn auf der letzten Hütte ständen die Kollegen schon 20 Wochen lang im Kampfe für eines ihrer fundamentalsten Menschenrechte, für ihr Koalitionsrecht. In beiden Versammlungen waren die Kollegen mit dem Referenten darin einig, daß dieses Verhalten der Hütte entschieden verurteilt werden müsse und durch eifrige Werbe- und Aufführungsarbeit dafür zu sorgen sei, daß solche Dinge einfach unmöglich.

Nach etwa 1 1/2 stündiger Dauer fanden beide Versammlungen nach einem kräftigen Schlußwort und einem Hoch auf die Ortsgruppe zu deren höchstem Bestehen ihr Ende. Zweifelslos haben sie befruchtend für unsere weitere Arbeit gewirkt. Der Besuch war ein erfreulich guter und es wäre für unsere Sache schon bedeutendes gewonnen, wenn der in letzter Zeit leider alles zu wünschen übrig lassende Versammlungsbesuch für die Folge wieder ein guter wäre. Kollegen, es muß in diesem Punkte besser werden. Die Versammlungen sind zur Orientierung und Schulung aller Mitglieder da und es kann nicht vorwärts gehen am Orte mit unserer Sache, wenn, wie es in letzter Zeit leider der Fall war, kaum die Hälfte der Kollegen in der Versammlung zu finden ist. Am 15. Oktober ist unsere nächste Versammlung. Wir hoffen dann bestimmt als einen der Erfolge der öffentlichen Versammlungen feststellen zu dürfen, daß sämtliche Kollegen rechtzeitig zur Stelle sind.

Anmerkung der Redaktion. Wir müssen die Mahnung des Einlenbers, die Versammlungen stets vollständig und pünktlich zu besuchen, entschieden unterstreichen. Der Versammlungsbesuch ist nicht etwas Nebenwichtiges, sondern eine ernste Pflicht für jeden Gewerkschaftler. Es ist bedauerlich, wenn man das in der heutigen ersten Zeit erst noch betonen muß. Der lebendige Meinungsaustrausch, die Schulung durch Vorträge und Diskussionen über wichtige, den Gewerkschaftler interessierende Fragen, die gegenseitige Freizeugung an der so notwendigen Verbearbeit für unsere Sache, das alles sind Dinge, die ohne regelmäßigen Versammlungsbesuch verunmöglicht werden. Der rote gewerkschaftliche Geist verkümmert und in einer solchen Zeitstellung geht es dann statt vorwärts rückwärts. Daß aber dadurch den wirtschaftlichen Interessen der Kollegen am Orte nicht gedient ist, brauchen wir wohl hier nicht erst des Längeren auseinander zu setzen. Darum sollen sich die Kollegen jeder Jahreshälfte sowohl im fleißigen Besuch der Versammlungen, wie auch hinsichtlich der Werbung neuer Mitglieder in edlem Wettstreit gegenseitig zu unterstützen suchen. Das ist die beste Bürgschaft auch für Erfolge wirtschaftlicher Art.

Aus Saarabien. Kollegen, schöpft einmal tief Atem — also: dreihunderttausend Mark schenkte die Buxbacher Stüttenverwaltung für die ausgestandene Hitze des vergangenen Sommers — ihrem Werkverein! Uff! so werdet ihr verwundert fragen, waren es denn nur die Mitglieder des Werkvereins, die unter der abnormen Hitze gelitten; sind die desfalls so „gelb“? Und wenn die Firma einen so glänzenden Lieberstuhl machte, haben den denn nur die „Gelben“ erarbeitet? — Keineswegs! Der Lieberstuhl konnte nur dadurch erzielt werden, daß jeder einzelne in dem großen Betriebe des Werkes an seiner Stelle seine Pflicht und Schuldigkeit tat. Nun also: warum aber haben dann nicht auch alle Arbeiter des Werkes Anteil an den 300 000 Mark, die die Herren Aktionäre von ihrem sehr, sehr überreichlichen Profit für die Arbeiterschaft abgeben?

Nun, einfach deshalb, weil man in gewissen „Herren“-kreisen Saarabiens noch der Tilschenschen Lehre huldigt, daß „Menschenrechte in die Kumpellammer“ gehören. Man verlangt von den Arbeitern, daß sie sich der berechtigten Menschenrechte enthalten und sie in der Kumpellammer der geistigen Leiter des gelben Werkvereins geforsamt deponieren. Sie sollen ihr Koalitionsrecht nicht gebrauchen und als willenslose Geschöpfe im Werkverein mit dankbarer Bewunderung die Großmüt und Gnade der Herren annehmen, die in der „unvergleichlichen“ Weise ein paar Brocken von der reichen Dividenden-tafel für sie abfallen lassen. Wann wird die saarabische Arbeiterschaft einmal allgemein zu der Erkenntnis kommen, zu welcher entwürdigenden Rolle man sie im gelben Werkverein degradiert. Statt manhaft in der gewerkschaftlichen Organisation ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten und ihre Freiheit und Unabhängigkeit als Mensch und Staatsbürger zu wahren, läßt sie sich wehrlos die Löhne beschneiden und begibt sich schließlich aller Rechte, um dadurch die Mitgliedschaft im gelben Werkverein einen geringen Bruchteil desjenigen als Almosen zu erbetteln, worauf sie einen berechtigten Anspruch erheben kann.

Auch ein gelber Werkvereiner müßte doch mitlerweile zu der Einsicht erwachen, daß an dem 300 000 Mark-Geschenk schließlich der Schwitz aller Arbeiter klebt. Als eifriger Arbeiter müßten ihm diese Jubelstöße auf der Seele brennen und mit flammender Entrüstung müßte er die Zustimmung von sich weisen, auch nur noch einen Tag länger mitzumachen bei der ihm zugewandten Herrscherrolle an den Interessen seines Standes. Und geht es nicht wie Lohn in den Ohren des denkenden Arbeiters, wenn er jetzt obenrein noch jehen muß, wie jedes Hüttenbättchen so des „Geschäftes“ in aller Tönen die Wohlthätigkeit der Hüttenherren preist? Mit einer den heutigen Verhältnissen und der Rentabilität des Werkes entsprechenden allgemeinen Lohnzulage an die Arbeiterschaft wäre die Verwaltung sicher nicht so bittig abgekommen. Sie macht also mit dem Geschenk erkens ein gutes Geschäft, weil ein großer Teil der Arbeiter dafür sein Koalitionsrecht veräußert und damit auch dem übrigen Teil ihrer Kollegen gleichsam die Hände bindet — und zweitens, sie hängt sich damit vor der nach dem Schein urteilenden Öffentlichkeit das Mantelchen der Arbeiterfürsorge und Wohlthätigkeit um.

Daß es im Grunde genommen nichts weiter wie der nackte Egoismus ist, der unter der Latve der saarabischen Arbeiterfreundlichkeit lauert, zeigt sich neuerdings auch wieder auf der Neunkirchener Hütte. Die Salzenstrafen wurden dort umgebaut und natürlich auf die Höhe der technischen Vollkommenheit der Neuzeit gebracht. Eine dem entsprechende Steigerung der Produktion kann und darf das Werk von hierher Veränderung mit Recht erwarten. Aber man geht noch einen Schritt weiter und sucht nach berühmten Vätern durch Versprechen von Extrapremien die Salzmeister schon gleich zu Anfang zur Leistung des vorübergehend außerst Möglichen anzutreiben. Der Zweck ist jedoch für den denkenden Arbeiter nur zu durchsichtig: man will die Löhne kalkülieren auf der Grundlage einer auch dem kräftigsten Arbeiter nur vorübergehend mit Aufbietung seiner ganzen physischen und Willenskraft möglichen Arbeitsleistung. Das ist die konsequente Weiter-

führung des seit jeher namentlich im Nordwest üblichen Systems, wo schon vor 20 Jahren das Wort im Schwange war: „Hier werben keine Großväter gezogen!“ Und tatsächlich ist man dort aus purer „Arbeiterfürsorge“ nie um Finessen verlegen, sich der älteren, abgedienten Arbeiter zu entledigen. Nach höchstens 30 Jahren Hüttenarbeit muß der Arbeiter abgemauert sein — wovon er danach leben will, ist seine Sache. Die Löhne werden so kalkuliert, daß der Arbeiter während seiner Diensttauglichkeit so knapp von einem Tag an den andern kommt, an die Rücklage eines Sparpfeinigs für die alten Tage ist nicht zu denken, und wie weit er mit seiner Pension nach 30 Jahren kommt, kann sich jeder an den Fingern einer Hand abzählen. Die „Fürsorge“ der Werkleitung für „ihre“ Arbeiter zeigt sich aber auch jetzt wieder nach einem anderen Richtung hin. Die Arbeiter hatten sich darauf verlassen, daß die Werkleitung wieder, wie seit Jahren, Kartoffeln zum Einwintern für ihre Arbeiter bezog und zum Selbstkostenpreis abgab. Aber die Werkleitung erweist einfach den Versuch, daß sie in diesem Jahre keine Kartoffeln besorgt. Die Arbeiter können jetzt zusehen, wie sie in diesem Winter zu den notwendigen Kartoffeln kommen und davor darüber Betrachtungen anstellen, wie gut sie daran faien, sich so ganz der „Fürsorge“ ihrer Werkleitung anzuvertrauen. So sehen die berühmten „Vollfahrtsvereinigungen“ unserer saarabischen Hüttenwerke bei Licht bescheu aus.

Au der saarabischen Arbeiterschaft aber ist es jetzt, endlich entschlossen mit diesen unerbittlichen Zuständen aufzuräumen. Masseneintritt in den christlichen Metallarbeiterverband ist Vorbedingung dazu. Selbst ist der Mann!

Briefkasten.

Umfangreiche Einwendungen für's Organ können in die laufende Nr. nicht mehr aufgenommen werden, wenn sie erst kurz vor Abdruckschluss eintreffen.

Storbekannt.

Wenden. Am 2. September starb unser Kollege Herb. Westhoff im Alter von 30 Jahren infolge einer Schlaganfall.

Delde i. W. Am 20. September starb unser treuer Kollege Franz Genterp im Alter von 22 Jahren an einem schweren Unterleibsleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung! Samstag, den 30. September.

- Altenburg.** Abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung in der Schützenhalle Wintergasse.
- Bachmann-Neiße.** Abends 8.30 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Bannau.** Abends 8.30 Uhr in Linden, Konfordstraße.
- Battungen.** Abends 8 Uhr bei Voltmer Kartellversammlung.
- Beilungen.** Abends 8.30 Uhr bei Küppersbusch, Hauptstr. außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Keiner darf fehlen.
- Karlheide.** Abends 8.30 Uhr im Parkgarten, Herrenstr. 34. S. Vorber Vorstande- und Vertrauensmännerkong. Abrechnung mit dem Hauptkassierer.
- Köln-Kalk.** Abends punkt 9 Uhr bei Sönnigesberg, Breitenstraße.
- München.** Abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Gasthof „Neopoldstadt“, Senefelderstraße.
- Welsch.** Abends 8.30 Uhr bei Sehtinger, Kirchstr. außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Kein Kollege darf fehlen.

Sonntag, den 1. Oktober.

- Bachmann I.** Nachm. 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Beckdorf-Kirchen.** Abends 8 Uhr bei Westmann, Frauen mitbringend. Mel.: Kollege Gierk-Siegen.
- Quilburg-Neinhausen.** Abends 8.30 Uhr bei Kell, Bahnhofstr.
- Dortmund-Dorffels.** Vorm. 11 Uhr öffentliche Versammlung bei Verk, Kaffeebr.
- Dortmund-Linien-Wethmar.** Nachm. 6 Uhr öffentliche Versammlung bei Hoff in Wethmar.
- Dortmund-Libbinghausen.** Vorm. 11.30 Uhr bei Richter.
- Dortmund-Serve.** Vorm. 11.30 Uhr bei Drees, Kaffeebr.
- Eickel.** Vorm. 11 Uhr bei Nabeck.
- Essen-Engelskloster.** (Gronhausen u. Gölterhausen). Nachm. 5 Uhr im Bürgerheim, Hobeisenstraße. Vortrag des Kol. Vahfeld.
- Essen-Verbed-Schönebeck.** Abends 7 Uhr bei Müllhoff, Germania-klub.
- Essen-Wittrop.** Nachm. halb 4 Uhr bei Frogemann.
- Essen-Wolterhausen.** Abends 7 Uhr bei Budner, Hobeisenstraße. Frauen mitbringen.
- Hamm-Dresselhardt.** Vorm. 11 Uhr bei Ahrens Mitgliederber-sammlung mit Vortrag.
- Hamm-Sock.** Vorm. 11 Uhr bei Bracht Mitgliederber-sammlung mit Vortrag.
- Haidhausen.** Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Grüner Baum“, Sedanstraße 12, Bezirksber-sammlung.
- Sönniges.** Nachm. 4 Uhr bei Schiffermann. Sonntag den 8. Oktober nach 4 Uhr im Gesellschaftshaus zu Neuwied Konferenz der Zahlstellen des Mittelkreises.
- Hamborn.** Nachm. 2.30 Uhr in Marloh bei Januschke am Neumarkt.
- Hierobn.** Nachm. 5 Uhr bei Kannebel. Veranstaltung des Kartells.
- Köln-Sumbold-Kolonie.** Morgens punkt 11 Uhr bei Gut Wauke.
- Köln-Roll.** Morgens 11 Uhr bei Faldner, Hauptstraße 28.
- Köln-Vinck.** Morgens 11 Uhr bei Fohle, Hauptstr. 2.
- Milbeim-Schneideweide.** Morgens 11 Uhr bei Groß.
- Papenburg.** Nachm. 4 Uhr bei Hüsmann, vorher um 3 Uhr Vorstande- und Vertrauensmännerkong.
- Schwelm.** Bei Willy Wagner, Dienstraße, Nachmittags 5 Uhr Generalber-sammlung. Frauen mitbringen.
- Trier.** Vorm. 11 Uhr im Lokale Kirchen an der Meerstraße.

Mittwoch, den 4. Oktober.

Dortmund-Neiße. Abends 9 Uhr im Christlichen Gewerkschaftshaus, Westerblickstr. 62.

Samstag, den 7. Oktober.

- Berlin Noakht.** Im Lokal Bergmann Oberbuckstr. 3.
- Dortmund-Runen.** Abends 8.30 Uhr bei Laigmann, Bischofsstr. 9.
- Halle.** Abends 8.30 Uhr in Schott's Restaurant, Merseburgerstr. 9. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Köln-Othheim.** Abends 9 Uhr bei Schmitz.
- Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König.
- Schwelm.** Bei S. Wagner, Dienstraße.

Sonntag, den 8. Oktober.

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Versammlung für die gesamte Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle.

Merheim b. Kalk. Vorm. 11 Uhr bei Schumacher.

Gesucht werden tüchtige

Formen,

gute Kräfte gegen guten Lohn, **Kernmacher, Hilfsarbeiter und Kernmacher-Lehrlinge.** Bestere gegen sofortige Bezahlung. Näheres durch unser Verbandssekretariat Stuttgart, Urbanstr. 68.